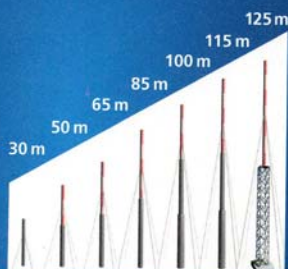


WINDMESSMASTEN
STANDARDHÖHEN BIS 115 M
SONDERKONSTRUKTIONEN

Messen
Sie auf Naben-
höhe!



Referenzen in ganz Europa



„Für den flexiblen, schnellen Aufbau haben wir Masten entwickelt, die Sie ganz nach oben bringen – einfach und an beinahe jedem Ort.“

Willm Ihnen

Stahl- und Metallbau Ihnen
GmbH & Co oHG
Borsigstraße 3 · D -26607
Aurich www.ihnen-aurich.de

STAHL- UND METALLBAU
IHNEN · AURICH

Tel.+49(0)4941-1795-0
www.windmessmast.de

WINDMESSMASTEN FÜR JEDE HÖHE

Auf dem Weg nach Poznan



Kampf mit Pinsel: Jugendliche aus Deutschland und Frankreich malten bei den Europäischen Entwicklungstagen Bilder zur Energieungerechtigkeit.

Potsdam/Brüssel/Washington. (ane) Im Vorfeld der UN-Klimaverhandlungen hat das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in Brüssel ein Eckpunktetpapier für die künftige internationale Klimapolitik vorgestellt. Ein globales Abkommen sollte demnach vier Kernelemente enthalten: erstens einen globalen Kohlenstoffmarkt. Zweitens sollten neue Technologien zur Emissionsvermeidung gefördert werden. Drittens muss es Maßnahmen zur Begrenzung der Entwaldung geben und viertens Vereinbarungen über die Anpassungen an den Klimawandel. Das PIK widmet der Klimagerechtigkeit besondere Aufmerksamkeit. „Entwicklungsländer sind besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen“, heißt es in dem Papier. Dabei sei dieser jedoch weitgehend von den Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer verursacht. „Es wäre daher ungerecht, von den Entwicklungsländern zu verlangen, dass sie für den Klimawandel ihr Wachstum zurückstellen“, so die Klimaforscher.

Sie sehen vier „Schlüsseloptionen“ zur Bekämpfung des Klimawandels: In der nahen Zukunft könnten insbesondere Energieeffizienz-Maßnahmen und der Umstieg von Kohle auf Gas helfen, die Emissionen zu mindern. Für Länder mit Kohleressourcen, insbesondere China oder Indien, sind die CO₂-Abscheidung und -lagerung (CCS) wichtig. Erneuerbare Energien können nach Einschätzung der PIK-Experten in der zwei-

ten Hälfte des Jahrhunderts „substanziell“ zur CO₂-Reduktion beitragen. Für sie gebe es ein hohes Potenzial zur Kostensenkung. Der stärkere Einsatz der Atomenergie für den Klimaschutz ist aus Sicht der Klimaforscher trotz ihrer geringen CO₂-Emissionen problematisch: Zum einen durch die beschränkte Verfügbarkeit von Uran, zum anderen durch Sicherheitsfragen wie die Lagerung des Atom Mülls und die Kontrolle der Verbreitung nuklearen Materials für militärischen Gebrauch. „Solarenergie und CCS sind wichtigere Optionen“, heißt es dazu.

Es müsse ein „breites Portfolio“ an Technologien für den Klimaschutz entwickelt werden, so die Forderung. Dafür müssten die entsprechenden Finanzmittel bereitgestellt und Demonstrationsprojekte öffentlich gefördert werden. Für die erneuerbaren Energien seien Markteinführungsprogramme nötig. Die Klimaforscher plädieren für koordinierte gemeinsame Anstrengungen der Industrieländer in diesen Bereichen. Nachhaltige Energieversorgung mit geringem CO₂-Ausstoß sollte Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit werden, denn sie sei fundamental für den globalen Klimaschutz. Für die ärmsten Länder fordern die PIK-Experten einen Fonds, um ihnen den Einsatz der Technologien zu ermöglichen. Ein globaler Kohlenstoffmarkt allein reiche nicht aus, um den weltweiten Umbau des Energiesystems zu bewerkstel-

ligen, betonen die Forscher. Entwaldung und Waldzerstörung sind für 20 Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Sie könnten zu sehr geringen Kosten reduziert werden, dafür sollten in internationalen Verhandlungen faire Richtlinien festgelegt werden, meinen die Experten. Zertifikate für REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) könnten international gehandelt werden. In der Diskussion sind aber auch Kompensationszahlungen an die Entwicklungsländer oder eine Kombination beider Elemente. Beim Aufbau eines internationalen CO₂-Marktes könnten die Entwicklungsländer durch den Clean Development Mechanism partizipieren.

Unterdessen ist die Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel ab 2012 beschlossene Sache. Die von EU-Parlament und Europäischem Rat gegen massiven Widerstand der Airlines verabschiedete Richtlinie bezieht alle Flüge ein, die in der EU starten oder landen. „Dies ist ein großer Vorteil gegenüber anderen Sektoren“, sagt der EU-Parlamentsabgeordnete Peter Liese, der federführend beteiligt war. Zugleich fordert er, dass die Emissionsziele im Flugverkehr, die mit fünf Prozent „sehr schwach“ seien, „dringend den Zielen anderer Industrie-sektoren, die 21 Prozent Emissionsminderung erbringen müssen, angeglichen werden“. Auch die Frage, ob die Fluggesellschaften ihre Zertifikate zu hundert Prozent statt nur zu 15 Prozent ersteigern, müsse geklärt werden. Statt der energieintensiven Industrien sollte lieber der Flugverkehr stärker in die Verantwortung genommen werden, so Liese.

Positive Signale für den Klimaschutz kommen aus den USA: Der designierte Präsident Barack Obama hat angekündigt, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 auf den Stand von 1990 zu verringern. Weitere 80 Prozent Reduktion sollen bis 2050 erreicht werden (siehe Seite 82). Großbritannien hat dasselbe Ziel. Unterstützt werden die EU-Ziele von großen Unternehmen. Richard Burrett, Sprecher der EU Corporate Leaders Group on Climate Change (EU CLG), widersprach Forderungen nach Abstrichen beim EU-Energie- und Klimapaket wegen der Finanzkrise: „Wir glauben an die Vorteile rechtzeitigen Handelns. Das ist wesentlich billiger, als wenn wir das Paket aufschieben. Die Unternehmen brauchen klare gesetzliche Rahmenbedingungen, um zu investieren.“



► Energie fängt im Kopf an.
Wir sorgen dafür, dass die
Gedanken die Richtung
wechseln.

wpd
think energy